Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 53. VI. BAND 10. März 1917.

INHALT:

1. Zur Judenfrage im Königreich Polen.
2. Dr. Fr. Bujak, Professor an der Jagellonischen Universität, Krakau: Zur polnischen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.
3. Piotr Warszawski: Zur Konsolidierung der polnischen Parteien. Brief aus Warschau.
4. Der Staatsrat des Königreichs Polen.
5. Józef Kernbaum-Warschau: Das Königreich Polen und die russische Staatsschuld.
6. Pressestimmen.
7. Notizen.

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

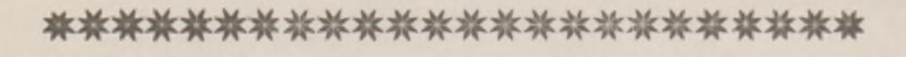
Insertionspreis: $^{1}/_{1}$ S. 50 M. $^{1}/_{2}$ S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.



✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱✱

Nr. 53. 10. März 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Die Judenfrage im Königreich Polen.

Keine interne Frage Polens wirbelt soviel Staub auf, wie die Judenfrage. Wir haben in Polen eine ganze Reihe von wichtigen Problemen, die der auferstandene polnische Staat zu lösen haben wird: eine Agrarfrage, die 70% der Bevölkerung auf das lebhafteste angeht; eine Arbeiterfrage, die vor 12 Jahren während der revolutionären Wirren viel Blut gekostet hat; die Frage der Beziehungen zu den Litauern und den Ruthenen, die für Polen nicht nur eine interne Angelegenheit ist, sondern auch eine Frage des Verhältnisses — vielleicht auf föderativer Basis — zu Nachbarvölkern, die einst mit Polen aufs engste verbunden waren. Das alles erhitzt aber nicht so sehr die Gemüter, als das Schicksal der 14% polnischer Juden, unter denen doch auch ein bedeutender Bruchteil jüdischer Polen sich befindet. Besondere ausländische Komitees und Schriftsteller, hauptsächlich in Deutschland, haben diese Frage in Pacht genommen, um sie in letzter Konsequenz gegen das Polentum, aber tatsächlich auch gegen die Juden auszunutzen. Die Polen, die einst den Juden gegenüber das liberalste Volk Europas waren, aus deren Mitte in der Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Franciszek Smolka entstand, der die Gleichberechtigung der Juden in Oesterreich durchsetzte, und ein Alexander Wielopolski, der ihnen die Gleichberechtigung in Polen verlieh; die Polen, in deren Literatur so viel jüdische Gestalten mit dem Nimbus der Idealität und mit dem reinmenschlichen Mitgefühl umgeben worden sind, werden jetzt in Deutschland als

ein Volk der Antisemiten, der Progrombelden, ja der Judenfresser verschrien.

Wir beabsichtigen nicht, uns in lange historische Auseinandersetzungen über das Schicksal der Juden in Polen und die Ursachen der gegenwärtigen Zustände einzulassen. Zweierlei muss konstatiert werden: erstens die anormale, sozialökonomische Lage der Juden, zweitens ihr einzig in seiner Art dastehendes nationales Verhältnis zum Lande. Das erste Moment hat das Zusammenpferchen von grossen jüdischen Massen in den Städten herbeigeführt, manchmal bis zu 70%, durchschnittlich bis zu 35%, was zur Monopolisierung des Handels führte, ihn auf eine ungesunde Basis stellte und Hunderttausende unproduktiver „Luftmenschen“ mit ihrem grässlichen Elend schuf. Das zweite Moment hat die Anomalie gebracht, dass in einem europäischen Lande seit mehreren hundert Jahren ungeheure Volksmassen leben, die ihm total fremd sind, oft seine Sprache, seine Vergangenheit, seine Zukunftssorgen nicht kennen und die, bis jetzt als Religionsgemeinschaft lebend, — die Jüdisch-Orthodoxen betrachten sich bekanntlich nicht als Nation, sondern als Konfession — gegenwärtig durch einen Teil der Führer die Rechte einer nationalen Minorität anstreben.

Waren diese Anomalien an und für sich besorgniserregend, so hatten natürlich die Russen in den letzten Jahrzehnten alles getan, um die Gegensätze zu verschärfen. Auf dem ersten Gebiete, d. i. auf dem sozial-ökonomischen, haben sie durch die Nichtzulassung der Juden zur Landbesiedlung, durch Begrenzung ihrer Zahl in den Schulen und in der Advokatur, durch Ausschliessung derselben aus den Aemtern, die Einseitigkeit des jüdischen Handelsmonopols wie auch das jüdische Elend ins Ungeheuerliche vermehrt. Gleichzeitig haben sie durch Aufhaltung des Assimilationsprozesses mit den Polen, durch Aufdrängung der russischen Sprache, durch Austreibung russischer Juden nach Polen, die nationale Kluft noch mehr vertieft; die russischen Juden brachten

eine den russischen Zuständen angepasste Ideologie mit, nämlich den Nationalismus mit seiner Verherrlichung des Jargons; die deutschen Zionisten begannen diese Bewegung zu unterstützen, um eine grosse jüdische Weltgemeinschaft für ferne Zwecke aufzuziehen; der nationale Antagonismus verschärfte sich von Tag zu Tag. Dazu kam die ungemein traurige politische Lage, die den Kampf um die Freiheit nach 1905 als aussichtslos darstellte. Die jüdischen Nationalisten beugten sich vor der russischen Kraft und drohten manchmal den Polen mit dem Anschluss an dieselbe; die polnischen Nationalisten verzichteten auch auf Freiheitskämpfe und trachteten durch Ausdrängung des jüdischen Fremdkörpers aus dem polnischen Lande, die Geschlossenheit, den ökonomischen Aufstieg und die Zukunft des Polentums zu sichern.

So entstand der polnische Antisemitismus. Aber auch der jüdische Antipolonismus. Der alte Pole war dem Juden gegenüber patriarchalisch und gutmütig, vielleicht etwas verächtlich, nie hasserfüllt; der alte, fanatische Jude war „antigojisch", nicht aber antipolnisch; der Anfang der 60-ziger Jahre hat beide Teile durch eine grosse Idee nahe gebracht, mit Begeisterung erfüllt: nach den darauffolgenden humanitären Idealen kamen die heterogenen Faktoren und nun spricht die ganze Welt von einem antijüdischen Feldzug in Polen, der aber im Auslande mehr einem jüdisch-antipolnischen ähnelt.

Wie? — fragt der nach einem objektiven Urteil strebende Leser — wurden denn die Juden in Polen nicht befreit? Haben denn die Polen, von den russischen Ketten befreit, nichts besseres zu tun gehabt, als die gleichen Ketten den Juden aufzuerlegen? Aus Warschau kommen gar grässliche Gerüchte über das Verhalten der autonomen Kommunalbehörden; sie hätten in einer Geschäftshalle ein jüdisches Ghetto eingerichtet, sie zwingen die Juden zur Schliessung der Geschäfte am Sonntag, sie schädigen dieselben beim Verteilen der Wohl-

tätigkeitsspenden, das schlimmste aber wäre: die jüdischen Nationalrechte werden in Amt und Schule nicht anerkannt.

Unserer Meinung nach zeugen diese Vorwürfe von einem geringen Verständnis für soziale Prozesse, die doch organischer und nicht mechanischer Natur sind. Obwohl dies unserem Empfinden widerstrebt, müssen wir das verstehen, dass nach den unseligen Vorgängen der letzten Jahre die Juden im allgemeinen keine heissen polnischen Patrioten sind; aber auch, dass nicht alle Polen in einer Nacht sich zu heissen Judenfreunden emporschwingen. Die Annäherung zweier entfremdeter Stämme lässt sich nicht auf Befehl und durch amtliche Akte herbeiführen. Dazu gehört ein organisches Heranwachsen auf Grund der Kultur, der gemeinsamen Interessen und grosser Ideale. Dazu gehört vor allem eine Athmosphäre der Freiheit, die Raum für Betätigung aller Fähigkeiten schafft.

Und wie steht es in Polen?

Unterscheiden wir wiederum zwischen den sozialökonomischen und den nationalen Momenten.

Die polnische Freiheit, der polnische Staat ist erst im Entstehen begriffen, und doch sehen wir schon den wohltuenden Einfluss seines Geistes. Die schlimmsten Beschränkungen, denen die Juden unterlagen, bestehen nicht mehr. Die Juden besitzen gegenwärtig dieselbe Freizügigkeit, wie sämtliche Landeskinder, den Zugang zu sämtlichen öffentlichen Schulen, ohne den berüchtigten Prozentsatz. Vor drei Jahren war die Warschauer Universität von 10% Juden, jetzt wird sie von 40% Juden besucht; an manchen Fakultäten gibt es noch mehr. Aber die gewerblichen Beschränkungen seitens der Warschauer Kommunalbehörden? Aber manche antisemitische Hetzrede? Dies sind gewiss unerfreuliche Erscheinungen. Antisemiten gibt es in jedem heutigen Staate, in Polen auch, der grösseren Judenzahl entsprechend. Durch Antipolonismus wird die Krankheit gewiss nicht geheilt. Diejenigen Judenvertreter,

die bei Eröffnung des Warschauer Gemeinderates von ihren Plätzen sich nicht erhoben haben, als der Vorsitzende ein „Hoch Polen!“ ausbrachte, diese werden von den Polen gewiss keine Vorteile für die Stammesgenossen erreichen. Dagegen aber lesen wir in den letzten jüdischen Blättern aus Warschau, dass auf Ansuchen einer Abordnung der jüdischen Orthodoxen, der Warschauer Magistrat eingewilligt hat, dass die jüdischen Läden am Sonntag bis 5 Uhr nachmittags geöffnet bleiben dürfen. Im grossen und ganzen behaupten wir aber, dass eine Stadtverordnetenversammlung nicht die geeignete Arena zur Ausfechtung von grossen politisch-sozialen Interessengegensätzen ist. Hier kämpft ein gar kleinliches Geschäftchen gegen das andere, Gevatter Schneider gegen den Konkurrenten aus der nächsten Strasse. Je breiter die Grundlage des Interessen- und Ideenkampfes ist, unter desto grösseren Gesichtspunkten wird er geführt, desto mehr Raum hat er für Ausgleich von Gegensätzen. Ein polnischer Reichstag wird die allgemeine Staats- und europäische Lage, nicht aber das kleinliche Geschäft ständischer Konkurrenten berücksichtigen können; von ihm erhoffen wir vollständige Gleichberechtignng der Juden und dies umsomehr, als sämtliche polnische Parteien prinzipiell für dieselbe eintreten.

Anders steht es mit der anderen Seite der Judenfrage, d. i. mit der nationalen.

Die ältere jüdische Generation hatte keine nationalen Ansprüche, sondern konfessionelle, wobei ein Teil sich vorbehaltslos der polnischen Nation anschloss und der andere, der orthodoxe, seinen mystischen Messiasideen huldigte, aber in praktischer Beziehung sich den polnischen politischen Ideen nie entgegenzustellen pflegte. Das ist auch bis zum heutigen Tage der Fall: ein Teil der intelligenten Juden will sich national dem Polentum assimilieren, hat an den ruhmreichen Kämpfen der Legionen teilgenommen, denkt und fühlt durchaus polnisch; die konservativen Juden leben ihren religösen Ideen und

sind den nationalistischen gar unfreundlich gesinnt. Aus diesem jüdisch-konservativen, nicht etwa polnischen Lager, kommt ja die verächtliche Bezeichnung der russischen Einwanderer mit „Litwaki"; diese konservativen Juden, deren Ueberlieferungen oft 600 Jahre mit Polen verbunden sind, bezeugen ja viel Anhänglichkeit an ihr Vaterland. Diesen zwei Schichten stellt sich die nationalistische Schicht entgegen, die für sämtliche Juden die Rechte einer nationalen Minderheit beansprucht

Doch was für eine seltsame nationale Minderheit! Die Lebensgewohnheiten, die Sprache, die Aspirationen der jüdischen Volkmasse sollen sie eben zu einer besonderen Nation mit dem Jargon als Nationalsprache bestimmen. Wer je im jüdischen Ghetto geweilt hat, den wird das Streben zur Verewigung des Ghettos mit Grauen erfüllen. Wer die Denkweise dieser Volksmassen kennt, der wird mit Schreck vor ihrem mittelalterlichen Scholastizismus zurücktreten. Ihre Denk- und Gefühlsart ist ja sehr poetisch, etwa in der Darstellung des Dichters Martin Buber, aber in der Wirklichkeit ist es ja das reine Mittelalter, und das soll für alle Zeiten petrifiziert werden. Die ganze Welt verlangt heutzutage von Polen, dass es seinen Charakter als Land der westlichen Kultur beibehalte; da kommt aber ein Häuflein und möchte in Polen den Orient ewig behalten!

Wenn schon dieser Teil der nationalistischen Bewegung, der überall in Europa und Amerika zu Gunsten der Assimilation zurücktrat, Bedenken weckt, so tun dies auch nichtsdestoweniger rein politische Erwägungungen. Die nationalistischen Führer formulieren ihr Programm dahin, dass sie ihr nationales Schul- und Kulturwesen verlangen, wie auch Gleichberechtigung ihrer Sprache in Amt und Gericht, d. i teilweise Jargonisierung der Schulen und Aemter in Polen.

Was würde gesagt werden, wenn ein Redner, z. B. in der Stadtvordnetenversammlung in Charlottenburg, oder ein Rechtsanwalt bei dem Amtsgerichte in Frankfurt am Main — in Städten also, wo doch auch ein starker

jüdischer Prozensatz wohnt — plötzlich im Jargon das Wort ergreifen wollte! Und zwischen dem Jargon und der deutschen Sprache ist doch die Kluft kleiner, als zwischen ihm und der polnischen. Ja, darin eben, dass diese Grenze zwischen dem Jargon und dem Deutschen so flüssig ist, sieht ja ein Teil der Polen eine Gefahr, d. i die Gefahr der Germanisierung. Und dass sie kein Hirngespinst ist, beweist ja eine ganze Literatur jüdischer Publizisten — sollen wir Namen nennen? — die nach Besetzung Polens durch die Deutschen nicht müde wurden, in Brochüren, Zeitungsartikeln und Denkschriften den Jargon den Machthabern als Uebergangsmittel zur Eindeutschung des Ostens zu empfehlen. Es muss betont werden, dass diese Art Politiker nicht dem polnischen Judentum entsprossen waren, sondern dem deutschen und dem russischen; es wurde aber dadurch viel Unheil gestiftet nnd das begreifliche Misstrauen der polnischen Patrioten gesteigert — wie überhaupt das Einmengen fremder Beglücker des Judentums in die jüdisch-polnischen Beziehungen nur eine Reaktion gegen die unschuldigen und in der nächsten Nähe befindlichen Juden zu ihrem grossen Nachteil hervorruft. Von diesem Standpunkte aus haben manche deutsche und in Deutland lebende russische Juden ihr Gewissen schwer belastet.

Mit einem Worte: der Unwille der Polen dem jüdischen Nationalismus gegenüber ist allgemein; vom Kultur-, nationalen und politischen Standpunkte aus bekämpfen sie ihn als Fremdkörper in einem Lande, das seit tausend Jahren nur polnisch war, das durch unselige Leiden nnd Kämpfe seinen polnischen Charakter zu bewahren vermocht hat und das durch die harte Arbeit des polnischen Bauern uud Arbeiters für das polnische Volk erhalten werden soll.

Im gegenwärtigen historischen Moment ist es die wichtigste Aufgabe der Polen, den polnischen Staat aufzubauen und ihn vor jeder Gefahr zu hüten. Der Charakter dieses Staates äussert sich in sämtlichen Institutionen.

Und da entstanden schon Kämpfe aus dem Grunde, weil die jüdischen Nationalisten die teilweise Jargonisierung der öffentlichen Anstalten, oder für sich die Majorität in den Gemeindevertretungen verlangten. Die Polen traten dagegen mit Bestimmtheit auf; es kam dazu, dass in manchen Ortschaften, wie z. B. in Będzin die jüdischen Wähler ihre Majorität ausnutzten und keinen einzigen Christen in den Gemeinderat wählten; sie dürfen jetzt in den Gemeinderatssitzungen im Jargon sprechen, während ein Wiener jüdisch-nationalistischer Schriftsteller empfiehlt, dass überhaupt in den Gemeindevertretungen die Minorität sich der Mehrheit füge, und zwar dass auch die Polen im Jargon debattieren sollen. Die Polen verlangen aber, dass an die Spitze des öffentlichen Gemeindewesens Personen gestellt werden, die den polnischen Charakter des Landes mit aller Entschlossenheit den äusseren Einflüssen gegenüber vertreten und durchsetzen. Kann es Wunder nehmen, dass sie in diese Jargonrepräsentanten als Verteidiger des polnischen Staatswesens keine grosse Hoffnungen setzen? Wir machen hier den Jargonleuten keine Vorwürfe; es rächt sich an ihnen die Schuld der Väter; in der Atmosphäre der Gleichberechtigung und der politischen Betätigung werden sie sich gewiss zu tüchtigen Staatsbürgern emporarbeiten; aber zu Hütern und Repräsentanten der Institutionen des polnischen Staatswesens eignet sich heute nur ein Teil von ihnen. Einer der Führer des Berliner jüdischen Komitees, das in Polen viel Schaden angerichtet hat, nämlich Herr Prof. Sobernheim, berichtet im Februarheft der „Süddeutschen Monatshefte“ über das jüdische Volksschulwesen in Warschau und bemerkt: „welches später die Sprache der Volksschule sein wird, dürfte von der politischen Lage, die der Friedensschluss schaffen wird, abhängen“. Versteht denn der geschätzte und gelehrte Verfasser nicht, dass er mit diesen Worten den Betreffenden das schlimmste Zeugnis ausstellt, und dass die Polen somit auf der Hut sein müssen?

Trotz dem Allen vertreten wir aus ideologischen Gründen das prinzipielle Recht der nationalen Selbstbestimmung. Aber für alle. Das können wir von den deutschen Führern des „Ostjudentums" nicht behaupten, die z. B. ruhig zusehen, wie andere Nationen zu ihrem Rechte nicht gelangen. Wir geben also zu, dass das Nationale eine subjektive Sache ist und diejenigen Juden, die sich zur jüdischen Nationalität bekennen, nicht vergewaltigt werden dürfen, vielmehr das Recht haben müssen, ihre Individualität zu behaupten. Freilich muss von ihnen auch die Kenntnis der Landessprache verlangt werden, und auch der Reichstagsabgeordnete Max Cohen-Reuss, der mit so beredten Worten die Freiheit verteidigt, kennt ja auch in manchen Fällen den Zwang, z. B. den Schulzwang. Wir würden daher für die Autonomie derjenigen Juden sein, die ihre kulturelle Eigenart bewahren möchten, für ihr eigenes Schulgeld ihre eigenen Lehranstalten erhalten möchten usw. Freilich, wenn dadurch eine Entfremdung zwischen diesen Juden und der grossen Majorität des Landes entsteht, was nur menschlich ist, würden wir dafür die Verantwortung nicht übernehmen. Wir können und werden dabei in unserer Heimat Toleranz und Humanität predigen. Dabei sind wir aber entschlossene Gegner der politischen Autonomie der jüdischen Nationalisten. Die Juden in Polen leben nicht auf einem abgesonderten Territorium, wie z. B. die Ruthenen in Ostgalizien, oder die Litauer in Nord-Suwałki, die auf einem geschlossenen Gebiet wohnen und daher auch ein politisch gesondertes Dasein führen können. Die politische Autonomie mit dem Jargon als Nationalsprache der Juden würde den Landtag, die Gerichtsämter, die Gemeindevertretungen spalten, da die Juden doch im ganzen Lande zerstreut sind, und sämtlichen Institutionen die Doppelsprachigkeit aufzwingen. Polen würde somit zu einem polnisch-jüdischen Lande gestempelt werden. Es gibt aber keinen einzigen Polen in der Welt, der das zugeben würde. Polen ist und bleibt — Polen.

Der Staatsrat in seiner ersten Kundgebung, sämtliche polnische Parteien, haben sich für die bürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung ausgesprochen. In dieser Atmosphäre kann sich ein reiches neuzeitliches Leben entfalten, zum Wohl und Nutzen sämtlicher Landeskinder, zum Gedeihen der modernen Kultur, deren Vormauer im Osten Polen sein will und sein kann. Aber die Vorbedingung dazu ist eben, dass es Polen bleibe, und nicht halb russisch, aber auch nicht halb orientalisch.

Zur polnischen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.

Aus Anlass der gleichnamigen Abhandlung von Rudolf Leonhard (Schmollers Jahrbuch, 40. Jahrgang, III. Heft, Seite 155—209).

In Schmollers Jahrbuch, 40. Jahrgang, III. Heft, Seite 155 bis 209 dieses Jahres veröffentlichte Herr R. Leonhard einen Aufsatz „Zur polnischen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte", welcher in der deutschen wissenschaftlichen Welt angeblich grossen Eindruck gemacht haben soll. Es ist dies eine synthetische Uebersicht der wirtschaftlichen Entwicklung Polens bis zu seinem Fall als selbständiger Staat. Der Verfasser entrollt vor den Lesern ein farbenprächtiges, oder richtiger ein grellbuntes Bild der wirtschaftlichen Blüte Polens unter Einfluss der deutschen Einwanderung (in der zweiten Hälfte des Mittelalters) und ihrer allmählichen Auflösung, als einerseits die deutsche Einwanderung aufhörte und die Handelswege eine andere Richtung nahmen (zu Anfang des 16. Jahrhunderts) und andererseits, als die dem Luxus und der Politik ergebene Schlachta ihre Frongüterwirtschaft zur Entwicklung gebracht hatte.

Es ist charakteristisch, dass die allgemeinen Grundlinien der Entwicklung der polnischen Wirtschaftsgeschichte bei Herrn Leonhard mehr oder weniger richtig sind, trotzdem er in der Einzelbegründung derselben eine ungemein grosse Zahl von Fehlern macht und da-

bei eine sehr weitgehende Unkenntnis der polnischen Geschichte verrät. Es mag dies daran liegen, dass Herr Leonhard sich das allgemeine Schema der Entwicklung Polens nicht auf Grund von Materialien bezw. geschichtlichen Bearbeitungen gebildet hat, sondern auf Grund einer soziologischen Analogie, die ihn auch nicht in Stich gelassen hat. Herr L. stützt sich in seinen Folgerungen auf Publikationen in deutscher Sprache, oder auf solche, die in die deutsche Sprache übersetzt worden sind. Als das wichtigste Werk in dieser Richtung erklärt er Prof. St. Kutrzebas: „Grundriss der polnischen Verfassungsgeschichte", Berlin 1912. Herr L. konstatiert, dass „wir eine zusammenfassende Darstellung nicht haben, aber an leicht zugänglichen Monographien über polnische Wirtschaftsgeschichte fehlt es nicht", er nimmt sogar an, dass „gut die Hälfte der einschlägigen Arbeiten in deutscher oder allenfalls in französischer Sprache abgefasst ist", wobei er die Doktordissertationen der auf deutschen, französischen und schweizerischen Universitäten studierenden polnischen Jugend meint. In Wirklichkeit stellen diese Dissertationen bei weitem nicht die Hälfte der einschlägigen Literatur dar. Sie stehen hinsichtlich der Qualität zweifellos niedriger, wie hinsichtlich der Quantität; man muss nämlich wissen, dass dies in der Mehrzahl schwache Arbeiten sind. Die meisten behandeln die Geschichte der Bauern in Polen durchaus unklar, da die Verfasser sich in den verschiedenartigen und einander widersprechenden Anschauungen der älteren polnischen Literatur, die sie aber noch immer neben der neueren Literatur zitieren, nicht zurechtfinden können. Hier drängt sich der Gedanke auf, ob denn die Bearbeitung solcher Themata durch die polnischen Studenten und die Annahme derselben durch die Professoren vom pädagogischen Standpunkt richtig ist? Die Schüler wählen diese Themata geleitet durch die Liebe zur Heimat, die Professoren benutzen aber die Gelegenheit, um das Feld der deutschen Wissenschaft zu erweitern.

Die Professoren sind nicht in der Lage, über die Arbeiten ihrer Schüler eine vollständige Kontrolle auszuüben, sie müssen sich darauf beschränken, dieselben vom formellen Standpunkt zu bewerten. Die Schüler aber haben keine Leitung und sind sich selbst überlassen, sie verwerten also mehr oder weniger geschickt und gewissenhaft die ältere Literatur, ihr Verhältnis zu den Originalquellen dagegen bleibt in der Regel oberflächlich. Schliesslich ergeben sich daraus viel geringere Resultate, als wie man das hätte erwarten können; die Schüler haben wenig lernen können und auch die deutsche Wissenschaft gewinnt nur minderwertiges Material.

Es ist charakteristisch, dass Herr L., trotzdem er das Werk Prof. Kutrzebas als gute Quelle für die wirtschaftliche Geschichte Polens betrachtet, dennoch nicht durchweg sich von ihm führen lässt, ihm nicht den Vorrang gibt und sich sogar nicht getreu an die seriösesten deutschen Arbeiten über Polens Geschichte, wie das Werk von Caro und Zivier, hält; dagegen greift Herr L. mit Vorliebe zu den oft mit Abneigung gegen Polens Vergangenheit erfüllten Beiträgen und Ansichten der jugendlichen Doktoranden.

Eine andere charakteristische Eigenschaft des Standpunktes des Herrn L. ist in seinem folgenden Satz zu erkennen: „man muss nur mit der erforderlichen Kritik gegenüber der begreiflichen und teilweise verzeihlichen Voreingenommenheit polnischer Autoren verfahren, die ... nur zu geneigt waren die früheren Zustände in verklärendem Lichte zu sehen“ (Seite 155-156). In Wirklichkeit hat aber die polnische Geschichtsschreibung bereits seit 40 Jahren aufgehört, die Vergangenheit ihres Volkes zu verherrlichen und zu apotheisieren, im Gegenteil, sie verfiel sogar zu einem grossen Teil in das andere Extrem und verurteilte mit rücksichtsloser Strenge alle früheren Fehler und Vergehen. Wenn auch dieser Pessimismus inzwischen wieder überwunden worden ist und der anklagende Ton nicht mehr ange-

wendet wird, so muss doch jeder nicht voreingenommene Forscher anerkennen, dass die gegenwärtige polnische Geschichtsschreibung das Objekt ihrer Forschung nüchtern und leidenschaftslos betrachtet und ihm gegenüber einen streng wissenschaftlichen, unbefangenen Standpunkt einnimmt.

Das grundlegende Faktum des verspäteten Eintritts Polens in die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Westen und die Abhängigkeit vom letzteren fässt die polnische Geschichtsschreibung als eine Folge der geographischen Lage Polens auf; infolgedessen gelangten alle kulturellen Einflüsse später nach Polen und wirkten auch schwächer wie in Deutschland, denn auch in Deutschland war der Kulturstand, je weiter nach Osten, auch tiefer. Im Vergleich mit Ostpreussen im Norden, oder mit Ungarn im Süden, war Polen hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse selten rückständig, oft auch stand es ihnen gleich, trotz der Entfernung vom Meer. Selbst die westlich an Polen angrenzenden Länder, wie Pommern und Schlesien, besonders Oberschlesien bis zur Hälfte des 18. Jahrhunderts, standen im allgemeinen in sozialer Hinsicht nicht höher, wie die benachbarten polnischen Länder im Stromgebiet der Warthe und der oberen Weichsel.

Wenn Herr L. feststellt, dass „Polen von den grossen westlichen Bewegungen, die im frühen Mittelalter meist von Frankreich ausgehen, stets um mehrere Jahrhunderte später getroffen wird und um diese Spanne hinter der westeuropäischen Entwicklung zurückbleibt...“ (Seite 156), so ist dies zweifellos richtig, wenn auch nicht im vollen Umfang. Auf Kulturbewegungen reagierte Polen in der Regel ziemlich früh, wie z. B. auf dle Gotik, den Humanismus, die Renaissance und den Barok; auch die französiche Gesellschaftskultur und den Romantismus übernimmt Polen mit einer nur sehr geringfügigen Verspätung im Vergleich zu Deutschland. Es ist ungemein charakteristisch, dass, wenn Deutsche über

Polen urteilen, diese Urteile stets entschieden abfällig lauten, und weder mildernde Umstände berücksichtigen, noch eine tiefere geschichtliche Perspektive verraten. Dass solche Entwicklungsrückstände auch bei anderen Volksgemeinschaften vorkommen können, beweist das Urteil des Prof. G. Schmoller über den Stand Deutschlands um das Jahr 1862 (als Bismarck zur Regierung gelangte): „Deutschland war hinter Westeuropa 200 bis 300 Jahren in den politischen und wirtschaftlichen Lebensformen zurück".*) Dieses Urteil ist zweifellos etwas übertrieben, da man doch unmöglich den wirtschaftlichen Zustand Preussens oder Oesterreichs zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als „Stadtwirtschaft" bezeichnen kann. Deutschland bildete keinen einheitlichen politischen oder wirtschaftlichen Organismus, aber, trotzdem Mitte des 19. Jahrhunderts die Formen des politischen und wirtschaftlichen Lebens in den deutschen Ländern anders waren, wie in Frankreich, England und Holland um die Mitte des 16. oder 17. Jahrhunderts, so war doch der Rückstand in der Entwicklung ziemlich bedeutend

* * *

Die wirtschaftliche Geschichte Polens ist im allgemeinen noch wenig erforscht worden, weshalb wir in den nachfolgenden Ausführungen nicht immer in der Lage sein werden, gedruckte Arbeiten zu zitieren, sondern vielfach uns auf eigenes Quellenstudium werden berufen müssen.

1. Die Verfassung des ältesten Polens. — Herr L. schreibt: „Die ‚Komitatsverfassung des Frankenreichs erlebt in Polen in der Castellaneiverfassung ihr getreu und unselbständig kopiertes Nachbild. Von diesen Castellaneien aus, ... die von grossen Fronhöfen ernährt werden, wird ... das flache Land regiert" (S. 156). Nach Herrn L. sind „alle staatsrecht-

---

*) G. Schmoller, „Vier Briefe über Bismarck" in Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte, Bd. 12 (1899) S. 48.

lichen Einrichtungen Polens durchaus germanisch-fränkischen Ursprungs. Auch die kirchlichen Institutionen ... sind dem Westen entlehnt, obwohl Polen gewissermassen eine Nationalkirche besass" (ib.). Zu diesen Ansichten muss ich bemerken, dass, genau genommen, die Entlehnung der Castellaneiverfassung aus dem Frankenreich unwahrscheinlich erscheint, denn das letztere war um das Jahr 1000, als das polnische Reich sich zu organisieren begann, nicht mehr vorhanden. Diese Institution dürfte der analogen Einrichtung im Deutschen Reiche, zur Zeit der sächsischen Dynastie, nachgebildet worden sein, wenn auch hierüber kein Quellenmaterial vorliegt. Des Ferneren melden polnische Quellen absolut nichts über grosse Fronhöfe, die die Castellaneien ernährt haben sollten; sie sprechen nur davon, dass die Bevölkerung verpflichtet war, gewisse Dienste und Abgaben in natura, wie landwirtschaftliche und industrielle Produkte, zu Gunsten der Castellaneien zu leisten. Fürstliche Höfe waren bis Ende des 13. Jahrhunderts verhältnismässig selten und man kann sogar zweifeln, ob sie überhaupt vor dem 13. Jahrhundert vorhanden waren, weil bis heute noch kein einziger Fall eines fürstlichen Hofes vor dem 13. Jahrhundert positiv festgestellt worden ist; alle fürstlichen praedia sind Höfe (curiae), die persönliche Dienste, Abgaben und Pachtzinsen von der Bevölkerung, die die zu diesen Höfen gehörenden Dörfer bewohnte, erhielten. Diese Fronhöfe hatten meistens einen kleinen Umfang und waren in der Regel mit den fürstlichen Höfen (curiae) und nicht mit den Castellaneien verbunden. Noch im 15. Jahrhundert umfassten die Vorwerke auf den staatlichen Domänen nur 3 bis 4 Hufen.

2. Polens Wirtschaftsstufe vor der deutschen Kolonisation. — Herr L. schreibt: „der Schwerpunkt der Wirtschaft liegt ganz wie im Germanien des Tacitus noch nicht im Ackerbau, der nur mit einem dürftigen, den leichten Boden oberflächlich

aufkratzenden Hacken betrieben wird, vielleicht noch nicht einmal in der Viehzucht, sondern in der Okkupationswirtschaft (S. 157). Jagd, Fischfang und Zeidlerei, die Met, das polnische Hauptgetränk, lieferte, betreiben vorwiegend die Polen, d. h. Feldleute, welche ihrem Namen zuwieder, damals noch durchaus Feld- und Wasserleute sind" (ibidem). Hiernach ist Polen, Herrn L. zufolge, um 1000 bis 1200 Jahre rückständiger wie Deutschland. Er überlegt nicht, wie es möglich sein kann, dass eine so rückständige Gesellschaft die Staatsverfassung des Frankenreiches, oder besser, des Deutschen Reiches des 10. Jahrhunderts annimmt, die doch auf einer so niedrigen Wirtschaftsstufe garnicht aufgebaut werden kann. Ein derartiges Urteil über die Entwicklungsstufe Polens kann man nur aussprechen, wenn man von sämtlichen historischen Quellen absieht und sich lediglich darauf beschränkt, das allgemeine Schema der wirtschaftlichen Entwicklung in pedantischer Weise auf Polen anzuwenden, und zwar besonders im Sinne des Dogmas, dass die Polen zu Beginn ihrer historischen Mission nicht höher stehen konnten, als wie wir uns die Germanen am Anfang ihrer geschichtlichen Laufbahn vorstellen. Die deutsche Wissenschaft wird sich doch noch, früher oder später, ein auf Quellenstudium begründetes Urteil über Polen bilden müssen.

Es ist wohl richtig, dass Jagd und Bienenzucht in dem mittelalterlichen Polen eine grössere Bedeutung besassen wie heute, aber sie waren durchaus nicht die Grundlage der Ernährung der Mehrzahl der damaligen Bevölkerung im 11. oder 12. Jahrhundert. Die Jagd auf grösseres und wertvolleres Wild gehörte zu den königlichen Vorrechten, die im Wege der Privilegien allmählich in den Besitz der Allgemeinheit der Grundbesitzer übergegangen sind. Für die Bauernbevölkerung hatte die Jagd keine Bedeutung, mit Ausnahme einer Gruppe von Dienstleuten (Ministerialen) des Fürsten, die zum Jagddienst gehörten, als Schützen, Bieberpfleger, Falkner und Hundewächter; für diese Ministerialen

waren jedoch, wie dies die Quellen aus dem 12. und aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts ausdrücklich feststellen, die ihnen vom Monarchen verliehenen Aecker die hauptsächlichste Ernährungsquelle. Die Bienenzucht (Zeidlerei) war die Hauptbeschäftigung eines geringen Teiles der Bevölkerung, die in besonders waldreichen Gegenden wohnte; es war dies eine fachmännisch besonders ausgebildete Bevölkerung, die eine besondere Rechtspflege (Zeidlerrecht) besass. Im Uebrigen gehörte die Bienenzucht zur Nebenbeschäftigung der Landwirtschaft. Der von ihnen gegorene Met war zweifellos in Polen in ziemlich allgemeinem Gebrauch, aber das Hauptgetränk Polens, wie überhaupt der Slaven, war Bier, dessen polnische Bezeichnung „piwo" so viel bedeutet, wie „der Trunk". Das deutsche Wort „Bier" dagegen ist entlehnt. Ebenso ist das deutsche Wort „Met", wie auch das polnische „Miód" (vom slavischen medu abgeleitet) dem Celtischen entnommen.

Da nun das aus Weizen und Gerste gebraute Bier der Haupttrunk war, so mussten auch die diesem Zwekke dienenden Pflanzen allgemein angebaut werden. Die Hauptnährfrucht war jedoch der Roggen, dessen polnische Bezeichnung żyto so viel wie das e r n ä h r e n d e, das l e b e n s e r h a l t e n d e Getreide bedeutet. Ausser diesen linguistischen Beweisen gibt es aber auch noch andere Gründe, die auf streng historischen Quellen beruhen. Die ältesten Abgaben in Polen waren s t r ó ż a, oder sep, sowie p o r a d l n e, anders powołowe genannt. Stróża war eine Abgabe in Form von Getreide und diente zum Unterhalt der Besatzungen, die die Wacht in den Castellen inne hatten (Wacht heisst polnisch straż, daher der Name stróża dieser Abgabe). Poradlne war eine Abgabe in Geldeswert vom Hacken (radło), bzw. von dem Gespann dieses Hackens, den Ochsen (woły). Wenn die Landwirtschaft nicht die Hauptbeschäftigung der Bevölkerung gewesen wäre, so hätte es keinen Zweck gehabt, landwirtschaftliche Geräte mit einer Steuer zu belegen und eine Getreideabgabe vor-

zuschreiben, um eine Haupteinnahmequelle für den Staat zu gewinnen.

Vor der Kolonisation auf Grund des deutschen Rechtes verwendeten die Bewohner der polnischen Länder zur Bodenbearbeitung den Hacken (radło), die Zoche (socha) und zwei Arten Pflüge (pług und płużyca), entsprechend der zur Verfügung stehenden Bodenart. Lateinische Quellen unterscheiden deutlich den Hacken (uncus) und den Pflug (aratrum), ruthenische Quellen stellen fest, dass vor dem Jahre 1000 n. Chr. ruthenische oder ostslavische Stämme neben dem Hacken (rało-radło) auch den Pflug (ploug) kannten. Ausserdem ist zu erwähnen, dass die Polen und Slaven überhaupt, als landwirtschaftliches Gerät einen grossen Pflug (aratrum magnum) verwenden, der hinsichtlich seiner Grösse dem deutschen grossen oder Königs-Hufe sehr ähnlich ist. Ebenso kommt er dem in Skandinavien und England benutzten Gerät sehr nahe, dessen Herkunft und Zusammenhang mit der Verwaltungseinteilung zur Wikkingerzeit der Gelehrte Rhamm erwiesen hat. Alles dies beweist, dass schon vor Annahme des Christentums die landwirtschaftliche Kultur bei den Slaven auf einer Stufe stand, die der germanischen nahe kam und auch zum grossen Teil dieselben Geräte verwendete. (Fortsetzung folgt.)

Dr. Fr. Bujak.

Konsolidierung der polnischen Parteien.

Warschau, den 2. März 1917.

In der letzten Korrespondenz berichtete ich über Veränderungen in unserem Parteileben, die zur Stärkung der aktivistischen Idee und des Staatsrates führen. Der Sieg dieser Idee in unserem Leben tritt mit jedem Tage sichtbar hervor. Fast jeder Tage bringt Berichte über Versammlungen, die in den Provinzstädten statt-

finden, und die aktivistische Forderungen aufstellen. Besonders interessant waren Bauernversammlungen in Opatów, Pielaszów, Opoczno, Radomsk, die einhellig den Staatsrat als Nationale Regierung proklamierten und Zwangsaushebung für die polnische Armee verlangten. In Warschau selber erleben wir Vorgänge, die vor Monaten unwahrscheinlich waren. Bekanntlich stand der Warschauer Magistrat bis jetzt abseits jeder politischen Betätigung, da er sich nur für kommunale Angelegenheiten zuständig hielt. Nun unternimmt jetzt der Magistrat eine Tätigkeit, die als eine starke antirussische Demonstration gelten muss. An einem der schönsten Plätze Warschau's steht nämlich ein sogenanntes „Denkmal der Schande", dass die Russen den während des Aufstandes vom Jahre 1830 gefallenen „dem Zaren treu ergebenen Polen" aufgestellt haben. Dies Denkmal, wie auch das zweite des Bezwingers Warschau's, Feldmarschalls Paskiewicz, waren uns immer ein Dorn im Auge. Die Schuljugend pflegte immer auszuspeien, wenn sie an ihnen vorbeiging. Sehr oft spielten geheimnisvolle Hände der das Denkmal bewachenden Polizei allerlei Schabernack. Z. B. eines Tages liefen die Hunde ganz Warschaus um das Denkmal zusammen, kläglich heulend; und nach langen Untersuchungen stellte es sich heraus, dass man dasselbe mit Wolfsfett bestrich n hatte. Ein anderes Mal wiederum erblickte man die bronzene Gestalt Paskewicz's mit einem Strick um den Hals. Nun hat der Magistrat der Stadt Warschau beschlossen, jenes „Denkmal der Schande" abzubrechen.

Ein anderes signum temporis ist die Teilnahme des Stadtpräsidenten Fürsten Lubomirski an den Arbeiten des Staatsrates. Bekanntlich wurde mit dem Fürsten während der Organisierung des letzteren verhandelt; Fürst Lubomirski konnte aber in den Staatsrat nicht eintreten, weil er durch ein Ehrenwort gebunden war, dass die Russen ihm abnahmen, bevor sie die Stadt verliessen, und wonach er sich bloss mit Verwaltungs- und

nicht politischen Angelegenheiten befassen durfte; ohne dieses Versprechen hätten die im Abzug befindlichen Russen die Stadt arg verwüstet. Gefangener des ihm abgezwungenen Ehrenwortes, tritt nun Fürst Lubomirski nicht in den Staatsrat, sondern in eine Kommission desselben ein, nämlich in die Verfassungskommission, wo er neben Warschauer Autoritäten und mehreren aus Galizien eingeladenen Politikern und Rechtsgelehrten (Prof. v. Jaworski, Abg. Diamand, Prof. Graf Rostworowski, Abg. Buzek u. A.) an den Entwurf der Konstitution Polens und der Wahlordnung für den ersten Reichstag mitarbeiten wird.

Je reifer die Verhältnisse sich gestalten, desto mehr treten Einzelpersönlichkeiten zurück zu Gunsten der grossen Massen und der nach modernem europäischen Muster organisierten politischen Parteien. Es verschwinden die kleinen Gruppen, die bis jetzt auf ihre Einzelwünsche bedacht waren; es entstehen kräftige Parteigebilde, die Verantwortung für die hinter ihnen stehenden Elemente übernehmen.

Die Rechte bilden unsere Passivisten, deren Verbande bekanntlich die National-Demokraten, die Realisten und ein Teil der deutschen Fabrikanten aus Łódź angehören. Ihnen stellt sich die Linke entgegen, über die in der letzten Korrespondenz (Poln. Bl. Heft 52) berichtet wurde. In Ergänzung dieses Berichtes ist mitzuteilen, dass die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.) den Nationalrat verlassen hat. Die Linke hat am 22. und 23. Februar eine Tagung der Polnischen Volkspartei abgehalten (eine andere bäuerliche „Volksvereinigung" gehört dem Zentrum an). Die bäuerliche Volksparteiler waren fast aus sämtlichen Bezirken nach Warschau zusammengeströmt und nach einer Begrüssung der anwesenden Mitglieder des Staatsrates verliehen sie den wichtigsten politisch-ökonomischen und kulturellen Interessen vom bäuerlichen Standpunkte aus Ausdruck. Aus dem Berichte des Parteiausschusses ist zu entnehmen, dass die Partei in den verflossenen Monaten gegen hundert Volksver-

sammlungen abgehalten hat, in denen vor dem 5. November die Proklamierung der Unabhängigkeit Polens, und nach diesem historischen Datum die Einberufung des Staatsrates und die Aufstellung der Armee verlangt wurde; in den letzten Zeiten werden in diesen Versammlungen Huldigungsadressen an den Staatsrat abgefasst, ferner Entschliessungen dahingehend, der Staatsrat möge als Kern der polnischen Regierung, die Bildung der Armee und die Einberung des Reichstages auf Grund des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts beschleunigen. Die Polnische Volkspartei organisierte ferner das Gemeindeleben, Bildungs- und Agrikultur-Kurse, Volksbibliotheken usw. Schliesslich wurde zur Agrarfrage in Polen Stellung genommen und vom Staatsrat die baldmöglichste Aufstellung der nationalen Armee verlangt. Im Zusammenhang mit letzterer Frage tagte am 19. Februar die erste Zusammenkunft der militärischen Hilfskomitees in Anwesenheit von etwa dreihundert Delegierten und dreier Mitglieder des Staatsrates. Obige Organisation nahm einen Bericht des Referenten im Staatsrat für Militärangelegenheiten entgegen und fasste eine Reihe von Beschlüssen, die Organisation dem Staatsrat unterordnend, die Mitwirkung der polnischen Gesellschaft an der Aufstellung der National-Armee verlangend und der letzteren Hilfe und Stütze in jeder Form zusichernd.

Soweit unsere Linke.

Gleichzeitig konsolidierte sich das polnische Zentrum. Dessen kräftigstes Gebilde, die Liga der Polnischen Staatlichkeit, hielt am 25. Februar eine Generalversammlung ab, an der eine ansehnliche Zahl von Delegierten aus dem ganzen Lande teilnahm. Die Liga schaut mit Genugtuung auf ihre Vergangenheit zurück, da ihre wichtigsten Programmpunkte, nämlich die Anerkennung der polnischen Staatlichkeit seitens der Zentralmächte und die Aufnahme der heldenmütigen Legionen als Kaders der polnischen Armee, verwirklicht sind. Auf die Erfahrungen der Vergangenheit gestützt, will die

Liga ihr bisheriges Arbeitsprogramm fortsetzen. Die Grundbestimmungen dieses Programms sind: In der inneren Politik — die Unterordnung sämtlicher Nationalitäten-, sozialen- und Kultur-Interessen der besonderen Volksschichten, den Interessen des polnischen Staates; in der auswärtigen Politik — rückhaltslose Bekämpfung Russlands, dessen historische Aufgaben den polnischen direkt entgegengestellt sind. Die Liga betont ihren konstitutionell-monarchischen Charakter und verlangt 1) die Zusicherung sämtlicher erblichen Rechte eines Monarchen der Person des polnischen Herrschers, 2) die Ausstattung der konstitutionellen Regierung mit einer starken und weitgehenden Vollzugsgewalt, 3) die Schaffung einer starken Armee auf Grund der allgemeinen Dienstpflicht, 4) Abschluss eines Bündnisses mit denjenigen Staaten, die sich im Gegensatz zu Russland befinden, 5) Ausdehnung Polens gegen den Osten auf der Basis eines Föderativ-Verhältnisses zum Grossherzogtum Litauen.

Sehr eingehend wurde über die Armeefrage verhandelt, wobei die schleunigste Verwirklichung des Armeeprogramms mit den Legionen, als den Kerntruppen der zu schaffenden Wehrmacht, mit grossem Nachdruck verlangt wurde; nach der Einberufung der ersten Freiwilligencorps wird die polnische Staatsgewalt aufgefordert, Zwangsaushebung zu unternehmen, wozu die Vorbereitungen jetzt schon in Angriff zu nehmen sind.

Die Liga der polnischen Staatlichkeit, deren publizistisches Organ das Tageblatt „Głos Stolicy“ ist, besteht grösstenteils aus bürgerlichen Elementen und polnischen Intellektuellen. Im engen Verhältnis zur Liga verbleiben: der Nationale Arbeiterverband, die neu gegründete Bäuerliche Volksvereinigung und die mehr konservative National-Partei. Alle diese Gruppierungen bilden einen Block, der eben unser Zentrum darstellt und so befindet sich zwischen der Rechten und der mehr radikalen Linken ein zusammengeflossenes Zentrum. Das ist keine Zersplitterung der Kräfte, vielmehr eine Verein-

heitlichung, wie sie in jedem modernen Staate historisch gebildet wird. Und das wichtigste ist, dass sowohl das Zentrum wie auch die Linke in den Hauptfragen unserer Gegenwart und Zukunft u. z. in der anti-russischen Stellung, in ihrer Begeisterung für die Unabhängigkeitsidee, in der Unterordnung dem Staatsrate und in dem Bestreben zur baldigen Schaffung einer Nationalidee, solidarisch sind. Piotr Warszawski.

Vom Staatsrat des Königreichs Polen.

Die achte Tagung des Staatsrates fand unter Vorsitz des Kronmarschalls, in Anwesenheit von 24 Staatsratsmitgliedern, des kaiserl. deutschen Kommissars und seiner drei Vertreter statt. Nach Verlesung und Annahme des Berichtes über die 7-te Sitzung erstattete der Referent des Ausschusses für Heeresorganisation, Brigadier Piłsudski, einen Bericht über die Arbeiten der Kommission für die letzten zwei Wochen. Zu neuen Mitgliedern des vergrösserten Ausschusses wurden gewählt: die Herren Dziewulski, Jankowski, Kozłowski, Maj und Stolarski.

Der Vizemarschall erstattete Bericht über die Arbeiten des Vollzugsausschusses und über den Verlauf der Verhandlungen mit den Okkupationsmächten bezüglich der Organisierung des polnischen Gerichtswesens, des Schutzes der in Deutschland und Oesterreich-Ungarn verweilenden Arbeiter, der Erleichterung im Passverker, der Reise von einem Okkupationsgebiet ins andere, der Requirierung von Metallen, der Abmontierung nicht im Betriebe befindlicher Maschinen und schliesslich über die Ausfuhr von Dokumenten der früheren Warschauer Filiale der Bauernbank.

Die den Okkupationsmächten vorzulegenden Akte des polnischen Gerichtswesens sind vom Staatsrat aufs Genaueste durchgearbeitet worden: in dem Pass- und

Verkehrswesen sind bereits Erleichterungen getroffen worden, bezüglich der Abschaffung der Ausnahmebestimmungen finden noch Verhandlungen statt, und in der Angelegenheit der Milderung der Zensur wurde den Mächten ein eingehendes Memorandum unterbreitet.

Zufolge der neuen Bestimmungen über die Requirierung der in den Fabriken befindlichen Metalle, wurden der Kronmarschall, sowie die Staatsratsmitglieder Janicki und Kunowski, ferner Herr Grohmann beauftragt, bei den Regierungen dementsprechende Schritte zu unternehmen.

Der von dem Vizekronmarschall ausgearbeitete Antrag über die künftige Zuständigkeit des Staatsrates wurde angenommen und den Okkupationsbehörden überwiesen.

Der Leiter der Finanzabteilung Herr v. Dzierzbicki berichtete über den Entwurf der Geschäftsordnung des bei der Finanzverwaltung entstehenden Komitees für nationale Spenden, welches die Aufgabe hat, eine freiwillige Sammlung von Spenden für allgemein nationale Zwecke zu veranstalten, besonders 1) zur Vergrösserung der Mittel zur Förderung des polnischen Heeres sowie für die Unterstützung von Invaliden und Verwundeten, Witwen und Waisen, 2) zur Vergrösserung der Verfügungsmittel des Staatsrates für allgemein nationale Zwecke, 3) zur Beschaffung der Grundlage des Goldvorrates für den zukünftigen polnischen Schatz oder für eine Nationalbank. An der Spitze des Komitees werden 18 Personen stehen. Dieser Entwurf wurde genehmigt. Ferner wurde ein Antrag angenommen, eine Kommission zu wählen, die die Zuständigkeit des örtlich Beauftragten aufzustellen hat. Auf Antrag des Vizepräsidenten des vorbereitenden Ausschusses für den Landtag, P. Przeździecki, wurde der Bestand des Ausschusses um 6 neue Mitglieder vergrössert. Zum Hauptberichterstatter wurde Professor Buzek ernannt; ferner wurden drei Staatsratsmitglieder nach Łódź delegiert,

um sich über den Stand der Sprachenfrage in der dortigen Stadtverwaltung zu informieren.

Nach Verlesung der inzwischen eingegangenen 47 Huldigungsadressen wurde die Sitzung durch den Kronmarschall geschlossen.

Vom Justiz-Departement.

Am 10. Februar fand die erste Sitzung des Justiz-Departements statt. Der Vize-Marschall eröffnete die Sitzung des Justiz Departements, zu dessen Mitgliedern folgende Personen gehören: der Direktor des Departements S. Bukowiecki, der Vize-Direktor W. Makowski, die Staatsräte St. Dziewulski und W. Sokołowski, sowie folgende eingeladenen, nicht zum Staatsrat gehörenden Persönlichkeiten: Dominik Anc, Jakob Glass, Józef Higersberger, Jan Jakob Litauer, Ludwik Reczlerski, Wacław Salkowski aus Lublin, Bronisław Sobolewski und Leon Supiński. Am 15. Februar fand sodann die zweite Sitzung statt, in welcher die „provisorischen Vorschriften über die Einrichtung des Justizwesens im Königreich Polen“ angenommen wurden.

Vom Departement des Innern.

Angesichts der dringenden Notwendigkeit, eine ausreichende Zahl von Medizinalbeamten für den polnischen Staatsdienst zu Verfügung zu haben, tritt der Provisorische Staatsrat des Königreichs Polen, im Einverständnis mit der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung, gegenwärtig an die Organisierung von theoretischen und praktischen Kursen für öffentliche Hygiene, Polizeimedizin und Gerichtsmedizin; die Kurse werden der Warschauer Universität angegliedert und sollen den Kreisärzten alle nötigen Kenntnisse vermitteln.

Die Anzahl der Hörer ist beschränkt. die Dauer der Kurse soll sich auf etwa 8 Monate erstrecken.

Das Departement des Innern des provisorischen Polnischen Staatsrates (Abteilung für öffentliches Gesundheitswesen) nimmt täglich in den Bürostunden von 9-1 und von 4-6 Meldungen entgegen und erteilt alle notwendige Aufklärung über die Aufnahmebedingungen, Beginn der Kurse und über das Programm derselben.

Ein sozialer Erfolg des Staatsrates.

Zu Beginn des März war in Warschau ein Setzerstreik ausgebrochen. Drei Tage hindurch erschien in Warschau täglich nur eine Tageszeitung, da die Redaktionen und die Streikenden untereinander die Vereinbarung getroffen haben, dass jeden Tag der Reihe nach nur eine Zeitung gedruckt werden darf. Der Angelegenheit hat sich

schliesslich das Arbeitsdepartement des Staatsrates angenommen, dessen Leiter, Staatsrat Kunowski, die Verhandlungen zwischen den Delegierten der Redaktionen und des Schriftsetzerbundes geführt hat. Das Resultat war zufriedenstellend und die Schriftsetzer haben wiederum die Arbeit aufgenommen.

Das Königreich Polen und die Staatsschuld Russlands.

Die Loslösung des Königreichs Polen von Russland scheint bereits eine vollendete Tatsache zu sein. Jedoch mit der formellen Durchführung der Trennung ist, ausser verschiedenen schwer zu lösenden Angelegenheiten, die schwierigste von allen verbunden, — und zwar — die Frage der zwischen beiden Staaten zu erfolgenden finanziellen Abrechnung. Im letzten Heft der Zeitschrift „Myśl Polska" (Der polnische Gedanke) befasst sich mit dieser Angelegenheit Herr Józef Kernbaum. Da diese Frage sehr zeitgemäss ist, führen wir untenstehend die Ausführungen des Herrn Kernbaum im Auszug an.

Diese Abrechnung wird — wie der Verfasser behauptet — keine leichte sein. Die russische Regierung wird zweifellos bei den Friedensverhandlungen behaupten wollen, dass das Königreich Polen verpflichtet sei, einen Teil der russischen Staatsschuld mit zu übernehmen. Russlands Stellung in der polnischen Frage, welche Russland bis jetzt als seine eigene innere Angelegenheit betrachtet hat, ist dadurch geschwächt, dass es sich in seiner Protestnote gegen den Akt des 5. November auf die internationalen Vereinbarungen der Zentralmächte beruft. Durch seinen Protest hat Russland selbst die polnische Angelegenheit vor das internationale Forum gebracht und der Regierung des Königreichs Polen die Verteidigung verschiedener ungerechter Forderungen erleichtert. Vom polnischen Standpunkt aus können wir daher das Verlangen Russlands bezüglich der Ueber-

nahme eines Teils der Staatsschuld nur negativ beantworten. Das Königreich Polen wurde durch die im Jahre 1815 abgeschlossenen Verträge, auf die sich jetzt Russland selbst beruft, als ein selbständiger Staat anerkannt, und es ist weder verantwortlich, noch kann es gezwungen werden, für die Verpflichtungen eines fremden Staates aufzukommen, selbst wenn es mit demselben durch die Person des Monarchen vereinigt gewesen wäre. Und sogar wenn wir es zugeben würden, dass das Königreich Polen nur als ein Teil des russischen Reiches anzusehen war, so können wir selbst in diesem Fall die obige Frage nur negativ beantworten. Gegen die Annahme einer solchen russischen Forderung sprechen die amtlichen Zahlen. Vor der ersten Teilung hatte die Republik Polen fast gar keine Staatsschulden. Erst während der Teilungen geriet das finanzielle Gleichgewicht ins Wanken und nach der letzten Teilung hatten die drei, Polen nunmehr verwaltenden Reiche, zusammen mit den persönlichen Schulden Stanislaus August auch die Staatsschuld der Republik mit übernommen, welche sie übrigens im Jahre 1815 zum Teil auf das von ihnen geschaffene Kongress-Königreich übertragen haben. Sodann wurde die Abzahlung dieser Schuld zu $^1/_9$ durch Oesterreich, zu $^3/_{10}$ durch Preussen und der Rest durch das Königreich Polen, nicht durch Russland, übernommen.

In diesen Vereinbarungen wurde eine in Warschau zu bildende Kommission vorgesehen, welche sich mit der Liquidierung der gegenseitigen Abrechnungen befassen sollte. Im weiteren Verlauf der Arbeiten dieser Kommission wurden folgende Abmachungen getroffen: am 22. Mai 1819 mit Preussen und am 29. Juni 1821 mit Oesterreich, die endgültig festgestellt haben, welche Schulden dem Königreich Polen zur Last fallen sollten. Und Nikolaus I., als er die Statuten der Polnischen Staatsbank bestätigte, beruft sich auf diese Abmachungen und auf die Vereinbarungen des Jahres 1815.

Die übernommene Verpflichtung der Abtragung der

Staatsschuld des Königreichs Polen hat die Polnische Staatsbank auch nach der Revolution des Jahres 1830 weiter erfüllt, als nicht mehr die frühere Verfassung, sondern lediglich das im Jahre 1832 vom Nikolaus I. bestätigte Organische Statut bindend war. Und trotzdem dieses Statut in seinem ganzen Umfang nie zum Gesetz geworden ist, behielt dennoch das Königreich seine selbständige Schatzamts-Verwaltung und sein eigenes Budget bis zum Jahre 1867, d. h. bis zu der Zeit, wo dasselbe mit dem russischen Budget vereinigt worden ist.

Aus den obigen Ausführungen des Herrn Kernbaum geht hervor, dass das im Jahre 1815 als selbständiger Staat anerkannte Königreich Polen, weder irgend welche Verpflichtungen noch Garantien bezüglich der russischen Staatsschuld auf sich genommen hat. Der Verfasser nimmt jedoch von vornherein an, dass die Stellung der russischen Regierung eine ganz andere sein wird. Diese Regierung wird zweifelsohne, wenn sie sich mit der Unabhängigkeit Polens einverstanden erklärt, zu ihrem früheren Standpunkt zurückkehren wollen, d. h. zu der Behauptung, dass das Königreich Polen nur einen Teil des russischen Reiches gebildet hat und als ein Teil vom Ganzen losgetrennt wird, und dass es daher einen Teil der russischen Staatsschuld, die zu allgemeinen staatlichen Zwecken aufgenommen wurde, mit zu tragen hat. Aber selbst bei dieser Aufwerfung der Frage, entgegnet der Verfasser, ist das Verlangen Russlands ungerecht, und er begründet dies, indem er auf Grund ihm vorliegenden amtlichen Beweismaterials folgendermassen argumentiert:

Die Einkünfte des Staatsschatzes des Königreichs Polen für das Jahr 1867, d. i. nach seiner Einverleibung in das Budget des russischen Reiches, brachten demselben im gleichen Jahr 33393486 Rb. ein. Diese Einkünfte wuchsen andauernd und im Jahre 1913 hat der russische Staatsschatz aus dem Königreich Polen einen Gewinn von ungefähr 330000000 Rb. erzielt, d. h. das

Zehnfache des Jahres 1867. Indem jedoch der russische Staatsschatz aus Polen jährlich immer grösseren Nutzen zog, hat er keineswegs seiner Pflicht, zu Gunsten Polens Staatsaufwendungen zu machen, Genüge geleistet. Wir können doch unmöglich zu seinen Aktiven im Königreich Polen den Neubau der griechisch-katholischen Kirchen, der Kasernen, der Festungen, die Vergeudung des nationalen Gutes zu Donationen und Geschenken, die privilegierte Stellung der russischen Beamten, die im Königreich Polen sämtliche Stellen inne hatten, in Anrechnung bringen. Jedoch auch die Passiven des russischen Staatsschatzes sind für das Königreich Polen verhältnismässig sehr hoch; Wege wurden nicht gebaut, man hat sogar die durch das Kongress-Polen angelegten Wege nicht in Ordnung gehalten. Die Weichsel wurde, trotz der mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Vereinbarung, nicht reguliert und auf die deshalb in der Duma gemachten Vorwürfe antwortete der russische Minister, das ihn mehr die Wolga und das Gouvernement Kazan interessierten, wie die Weichsel und das Königreich Polen. Demnach, wenn es zur staatlichen Abrechnung kommen wird, wird auch die polnische Regierung das Recht haben, von der russischen eine genaue Auffstellung der Einnahmen und Ausgaben für das Königreich Polen seit dem Jahre 1867 zu verlangen; dieser Rechenschaftsbericht wird sicherlich ein gewaltiges Uebergewicht der Einnahmen gegenüber den Ausgaben im Königreich Polen ergeben.

Weiter zur Staatsschuld des russischen Reiches übergehend, stützt der Verfasser seine Berechnungen darauf, dass die vom russischen Schatzamt noch vor dem Jahre 1867 unternommenen Anleihen für das Königreich durchaus nicht bindend sein können, da zu jener Zeit das Königreich über ein selbständiges Budget verfügte. Auch sind für das Königreich die späteren Anleihen des russischen Schatzamtes nicht bindend, sofern dieselben die Konvertierung der vor dem Jahre 1867 liegenden Anleihen zum Zwecke hatten, sowie die An-

leihen zum Bau der staatlichen Eisenbahnen und Auslösung der privaten Eisenbahnen in den Grenzen nur des Kaiser-Reiches und schliesslich auch die Anleihen, welche das russische Reich allein betreffen. Es ist selbstverständlich anzunehmen, dass diejenigen Beträge, welche zur Amortisierung und Verzinsung aller oben angeführten Anleihen verbraucht wurden, nicht auf die Rechnung des Königreichs notiert werden können.

Bei genauer Durchsicht sämtlicher Positionen der russischen Staatsschuld, die am 1/14. Januar 1913 eine Schlusssumme von Rb. 18858053846 und 20 Kop. aufwies, formuliert Herr Kernbaum zum Schlusse, dass vom Königreich Polen das russische Schatzamt nicht allein nichts zu beanspruchen hat, sondern vielmehr der Regierung des Königreichs Polen das Recht zusteht, eine Rückzahlung der zu Ungunsten des Königreichs gemachten überschüssigen Ausgaben zu verlangen, im Prozentsatz zu seiner Beteiligung an den Einnahmen des russischen Budget, d. h. etwa in Höhe von 350000000 Rubel. Der Verfasser schlägt nun weiter noch vor, zu diesem Betrage, ausser verschiedenen anderen Positionen, auch die Verluste des polnischen Schatzes hinzuzurechnen, die dem letzteren erwachsen sind aus den Donationen und Schenkungen an russische Generäle und Beamte nach den Jahren 1830 und 1863, wobei diese Donationen und Schenkungen, die zweifellos Eigentum des Königreichs Polen sind, dem letzteren zurückzuerstatten sind. Sollte die russische Regierung noch an das Königreich Polen Ansprüche erheben wegen Rückzahlung und Verzinsung der Obligationen des Königreichs vom Jahre 1814 seit dem Jahre 1867, und für den Auskauf der polnischen Eisenbahnen, so kann die polnische Regierung erwidern, dass die Tilgung und Verzinsung der Obligationen und der Liquidationsscheine, sowohl vor dem Jahre 1867, wie auch später, durch die Budgeteinkünfte des Königreichs gedeckt wurden und dass der Einnahmeüberschuss der russischen Finanzverwaltung aus dem Königreich Polen die

Ausgaben der russischen Staatsverwaltung in Polen für das Auskaufen der polnischen Bahnen bedeutend übersteigt; infolgedessen hat die russische Finanzverwaltung gar keinen rechtlichen Anspruch auf eine Deckung dieser Forderungen durch Polen.

Pressestimmen.

Deutsche Presse.

Ueber **Polnische Schwierigkeiten** schreibt in der **„Hilfe" Friedrich Naumann.** Indem er das Vorhandensein von vielen Passivisten betont, äussert er sich folgenmassen:

Man kann es menschlich begreifen, dass es Passivisten gibt, denn Polen hat schon mancherlei erlebt, und der Krieg ist noch nicht am Ende. Viele Polen besitzen Verwandte im russischen Heere, haben unter den Schrecken des bisherigen Krieges gelitten, halten eine russissische Rückkehr nicht für unmöglich, empfinden keine besondere Vorliebe für die preussische Okkupation. Auch darf man sich bei weitem nicht alle Polen als politische Enthusiasten vorstellen, die nur ans Vaterland und nicht an ihr eigenes Gehöft oder Geschäft denken. Der todeseifrige polnische Patriot lebt sicherlich noch in der polnischen Legion fort, aber die Legende vom alten polnischen Freiheitshelden ist wohl mehr Vergangenheit als Gegenwart. Polen steht im Anfang einer modernen wirtschaftlichen Entfaltung, die sowohl beim Landmann wie bei den Industriellen die Plötzlichkeitsfragen in den Vordergrund schiebt. Solange der Zwang zum eigenen politischen und militärischen Handeln fehlt, lässt man den Dingen ihren Lauf; mag erst das grosse Gewitter sich autoben, so werden wir dann sehen, wie wir uns znrechtfinden!

Dazu kommt, dass einem Volke, das solange Zeit hindurch von Russland regiert wurde, die eigenen anerkannten Führer fehlen müssen. Woher sollen sie mit einem Male vorhanden sein? Es ist möglich, sogar sehr wahrscheinlich, dass Führertalente in der Bevölkerung schlummern, aber die Okkupationszeit ist wenig geeignet, dass sie sich kämpfend vor aller Augen emporarbeiten. Man besitzt also Notabilitäten, das will sagen: Männer die durch Leistungen, Besitz und Familie etwas bedeuten, aber doch nur wenige, die fertige ausgeprägte politische Charaktere sind. Damit ist alle staatliche Willensbildung sehr gehemmt. Selbst die katholische Kirche tritt offenbar mit Absicht nicht als politische Macht auf. Auch sie wartet.

Wenn nun dieser passivistischen Stimmung ein vollkommenes ideales Ziel vorgehalten werden könnte, so wäre es sicher möglich, viele Unentschlossene zu wecken. Als ideales Ziel gilt der nationalen Bewegung hier wie überall der Zusammenschluss aller Volksgenossen zu einem einzigen souveränen Staate. Da wir Deutschen selbst eine Werdezeit des Nationalitätsgeistes hinter uns haben, so muss jeder geschichtskundige Deutsche für diesen vollen Nationalitätsgedanken an sich ein gewisses Verständnis haben. Wie man bei uns einst sang „das ganze Deutschland soll es sein", so tönt es nun ebenso auf polnisch: ein ganzes ungeteiltes Polen! Wir haben aber inzwischen in der Bismarkischen Zeit gelernt, dass die natioalen Staatsideale sich nur stückweise und nie ganz vollkommen verwirklichen, dieses geschtliche Lernen fehlt jedoch bis heute vielen Polen. Sie stehen noch vielfach auf dem Standpunkt „alles oder nichts!" Das sieht sehr zielbewusst und radikal aus, verhindert aber oft jeden Erfolg überhaupt. Wenn die deutschen Patrioten dieses als ihre höchste Weisheit gehabt hätten, so würde heute das Deutschtum noch immer politisches Geröll in der Mitte des Erdteiles sein. Es war das Verdienst unseres grössten politischen Führers, dass er uns die Kunst des Möglichen lehrte. Wer wird jetzt aufstehen können, um den Polen denselben Dienst zu tun? Kann jetzt ein Meister der Praxis auftreten ohne von vornherein als ein Halber und Kleiner verschrien zu werden?

Die Mischung von Passivismus mit Radikalismus kommt auch sonst in der politischen Welt vor. Wir haben sie früher beim linken Flüdel der bürgerlichen Demokratie und neuerdings auf der linken Seite der Sozialdemokratie gefunden. Man tut nichts, weil der wahrhaft grosse Tag noch immer nicht angebrochen ist, und klagt mehr die übrige Welt an, als sich selbst. Dieser theoretisch umkleideten Passivität entgegenzuarbeiten, ist in allen diesen Fällen die schwere, dornenvolle Aufgabe der Aktivisten, die dann als Opportunisten, Kompromissnaturen, Eintagspolitiker erscheinen, in denen aber trotz aller ihrer menschlichen Schwächen mehr Tapferkeit und Schöpfergeist zu sein pflegt, als in den blossen Verneinern.

Es ist sicher wahr, dass die gegenwärtigen Anfänge der Aufrichtung Königtums Warschau*) nicht von blendendem Glanze umgossen sind. Das müssen auch diejenigen zugeben, die den Erfolg des begonnenen Werkes wünschen. Das geschichtlich notwendige Festhalten der beiden mitteleuropäischen Reiche an ihren seitherigen polnischen Bestandteilen muss vom polnischen Nationalstandpunkt aus als eine starke Lücke ihres neuen Staates angesehen werden.

*) Die Bezeichnung „Königtum Warschau" ist warscheinlich ein Versehen. Die Geschichte und die aktuelle Proklamation vom 5. November kennen nur ein „Königtum Polen". Red. der Poln. Bl.

Das wissen wir Reichsdeutschen sehr genau, denn wir haben zu den Deutschen in Oesterreich und anderen Grenzländern fast ebenso gestanden. Wir haben aber auch begriffen, dass es so sein musste, wenn nicht die Auflösung Oesterreich-Ungarns und damit die Balkanisierung der Mitte des Erdteils eintreten sollte Auch unsere deutschen Brüder in Oesterreich haben, wenngleich früher bisweilen mit Seufzen, begriffen, dass sie im vielsprachigen Oesterreich bleiben mussten, weil man Deutschland stärkte, wenn man Oesterreich kräftigte und umgekehrt. Polen kann nicht von Russland freigemacht werden, indem gleichzeitig mit Nationalitätszerlegung in Mitteleuropa begonnen wird. Was eine fernere Zukunft bringen wird, ist uns allen verborgen, jetzt aber im Weltkrieg kann es keinen grösseren Schritt zur Ablösung Polens von Russland geben als die Abtrennung des Königtums Warschau vom Osten und seine Angliederung an die Mitte. Wem das zu wenig ist, der wird Polen auf den Zustand des Wiener Kongress zurückwerfen. Dann mag er sich bei Gott und aller Welt beklagen, aber er soll in seiner Anklage seinen eigenen Passivismus nicht vergessen.

Wenn ich es als feststehende Tatsache annehme, dass Preussen und Oesterreich ihre polnischen Bestände nicht an das noch ungewordene und unerprobte Königtum Warschau abgeben werden, so denke ich doch dabei nicht daran, die Ausführungen des preussischen Ministers des Innern v. Loebell im Abgeordnetenhause irgendwie unterschreiben zu wollen. Im Gegenteil bedauere ich diese Aeusserungen auf das lebhafteste und halte sie für unvereinbar mit der Politik der verbündeten mitteleuropäischen Regierungen. Die Proklamierung eines künftigen Königtums Warschau hat nur einen Sinn, wenn die Nationalität der Polen anerkannt wird. Aus welchem anderen Grunde trennen die beiden Kaiser das Gouvernement Warscheu von Russland ab, als um an dieser Stelle der polnischen Nation Gelegenheit zu geben, ihre eigene staatsbildende Kraft zu betätigen? Gegen einen solchen Plan konnte selbstverständlich der preussische Minister des Innern seine Stimme abgeben, solange es noch ein Plan war. Von da an aber, wo eine fertige Regierungshandlung vorlag, durfte und musste man eine Einheitlichkeit der Regierenden erwarten. Es kann den Glauben an den Willen des Deutschen Kaisers und Reichskanzlers nur schwächen, wenn der Eindruck erweckt wird, als seien sie ihrer eigenen Ministerien nicht sicher. Auch die offenbaren grossen Mängel der polnischen Redner können so wenig für das Peinliche des im Abgeordnetenhause erlebten Vorganges eine genügende Entschuldigung bieten wie die abmildernden Bemerkungen der zweiten Polenrede des Herrn v. Loebell imstande sind, den bösen Eindruck der ersten Rede ganz zu verwischen

Es versteht sich für jeden historisch denkenden Menschen von selbst, dass mit der Aufrichtung des Königtums Warschau eine neue

Einstellung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen in ganz Mitteleuropa erfolgen muss, wenn der Zweck des Entschlusses der zwei Kaiser nicht verfehlt werden soll. Bleibt das aus, dann behält der mit Radikalismus verbundene Passivismus in Warschau die Oberhand, dann wird die polnische Geschichte um ein neues Kapitel der Enttäuschungen bereichert, Europa aber behält eine offene Wunde.

Und man soll nicht glauben, dass eine polnische Enttäuschung nur in Polen fühlbar sein wird. Die Polen sind das stärkste westslawische Volk überhaupt. Wenn die mitteleuropäischen Mächte es nicht fertig bringen, jetzt in der Zeit so grosser Umwandlungen mit den Polen eine völlig neue Rechnung anzufangen, so werden auch die anderen Westslaven keine Zuversichtlichkeit zu ihrer künftigen Bürgerstellung in Mitteleuropa gewinnen. Was das bedeutet, ist vielen Reichsdeutschen noch niemals recht zum Bewusstsein gekommen, wiewohl der Krieg Anlass genug zum Nachdenken über diese Dinge gibt. Der Krieg begann wegen der serbischen Frage: Oesterreich-Ungarn will seine Serbokroaten behalten! Um dieser Frage willen ist unglaublich viel Blut vergossen worden. Sobalt es uns gleichgültig war, was aus den Serben wurde, konnten wir uns den Krieg zurzeit wenigsten sparen. Wir verteidigten aber als Bundesgenossen die slavischen Bestandteile Oesterreich-Ungarns. Darin lag und liegt eine Stellungnahme zum westslavischen Problem. Zu demselben Problem gehört auch die polnische Frage. Jetzt steht es auf der Tagesordnrng, ob wir die Westslaven mit unserer Zukunft verbinden können oder ob sie wieder Panslavisten werden. Keine leichte Sache! Die zwei Kaiser haben zu dieser Sache klug und gross gesprochen, aber noch nicht alle haben sie verstanden oder verstehen wollen.

Der Deutsche ist aus anderen Gründen für die Aufrichtung des Königtums Warschau als der Pole. Das liegt in der Natur der Dinge. Es gibt sowohl Deutsche wie Polen, die von der Aufrichtung noch nichts wissen wollen. Auch das ist nicht verwunderlich. Immerhin aber kann man sagen, dass die Aktivisten beider Nationen eine geschichtliche Aufgabe anerkannt haben, die alles ihres Eifers und aller ihrer Anstrengungen wert ist. Es handelt sich um die endgültige Grenze Russlands nach Westen.

NOTIZEN.

Politisches.

Ein Direktor des Staatsrats zur Lage. Der Krakauer „Kuryer Codzienny" gibt ein Gespräch seines Mitarbeiters mit dem in Krakau weilenden Mitglied des polnischen Staatsrates und Chef dessen poli-

tischen Departements, Grafen Adalbert Rostworowski, über die in Polen herrschende Stimmung wieder. Graf Rostworowski meint u. a.:

Die Konsolidierung der politischen Idee in Polen auf Grundlage des Aktivismus macht Fortschritte. Es ist auch authentisch bekannt, dass eine bedeutende Mehrheit der Polen in Russland unser politisches Programm annimmt. Unsere Politik muss positiv sein und zum Ausgangspunkt den Akt vom 5. November haben. Damit hängt die Angelegenheit der Armee zusammen, die der Staatsrat ins Leben rufen wird. Diesbezüglich wurden von einem unter Vorsitz des Brigadiers Piłsudski eingesetzten Unterausschuss Bestimmungen über die Zuständigkeit des Staatsrates in Bezug auf das polnische Heer bereits definiert.

Was den Ausbau der Regierungsbefugnisse des Staatsrates anbelangt, müssen vorerst gewisse Vorarbeiten erledigt werden. Bezüglich der künftigen Verfassung wurde eine besondere, aus 24 Mitgliedern bestehende Kommission, unter Vorsitz des Kronmarschalls eingesetzt, die ihre Arbeiten in den nächsten Tagen in Angriff nimmt.

Die Frage der Grenzbestimmung im Osten hängt von vielen heute noch unbekannten Faktoren ab. Nur unserer dahinstrebenden Tendenz muss Ausdruck gegeben werden. Das Gravitieren jener Länder nach Polen, in welchen die offizielle russische Statistik fast keine polnischen Elemente erblickte, ist eine politische Tatsache von allergrösster Bedeutung, ist ein Beweis, dass unsere historische Mission im Osten nie gänzlich unterbrochen wurde und in Zukunft aufgenommen werden soll.

Russische Bemühungen um polnische Legionen. Aus Budapest wird berichtet: Nach Mitteilungen der russischen Presse werden in Russland neuerlich Versuche unternommen, polnische Legionen aufzustellen. Namentlich Grossfürst Nikolai Nikolajewitsch soll sich dafür besonders erwärmen. Die russische Presse schreibt, dass die Versuche bis jetzt einen sehr günstigen Erfolg gehabt haben, doch wird das in unterrichteten Petersburger Kreisen entschieden bestritten. Auch die wiederholten, in der Presse veröffentlichten amtlichen Aufrufe zum Beitritt in die polnische Legion deuten darauf, dass die Versuche der russischen Heeresergänzung bisher keinen besonderen Erfolg gehabt haben.

Die Sonderstellung Galiziens. Aus Lemberg wird telegraphiert: Nach Mitteilungen von unterrichteter Seite wird in den polnischen Vorschlägen, betreffend die Sonderstellung Galiziens, darauf hingewiesen werden, dass die seit 50 Jahren angestrebte Erweiterung der Selbstverwaltung des Landes auf dem festen Vertrauen in dessen moralische und materiellen Kräfte beruht und dass die diesbezügliche Einflussnahme der Zentralstellen nur insoweit erforderlich erscheint,

als eine Sicherstellung für die Einhaltung der Verpflichtungen Galiziens gegenüber der Monarchie erfolgen soll.

In erster Reihe wird die Unteilbarkeit des Landesgebietes und die Vereinheitlichung der Verwaltung gefordert.

Auf wirtschaftlichem Gebiete wird die völlig freie Verfügung des Landes über seine Hilfsquellen und die Selbstbestimmung über seine Einnahmen und Ausgaben, sowie über die Summe beansprucht, die es zu den allgemeinen Erfordernissen des Staates beizutragen hätte. Nach Lösung der Kriegsentschädigungsfrage wird insbesondere das Recht der Selbstbewirtschaftung der galizischen Domänen, die Ausnützung der Monopole und die Durchführung der selbständigen Finanzverwaltung verlangt. Die Sonderstellung habe sich auch auf das Kommunikations- und Tarifwesen zu erstrecken, ebenso auf die Konzessionierung und Beaufsichtigung industrieller Unternehmungen.

Weitere Forderungen betreffen die Organisierung des Unterrichtes und des Gerichtswesen.

Von hochstehender politischer Seite wird den „Polnischen Stimmen" mitgeteilt: „Für die Ordnung der galizischen Frage während des Krieges Termine festellen zu wollen, kann nicht die Aufgabe ernster Politiker sein. Die Beratungen der Unterausschüsse des Polenklubs über die galizische Frage haben die Bedeutung einer politischen Bereitschaft. Die führenden Politiker der Polen haben gemeinsam mit den hervorragensten polnischen Fachgelehrten in zweimonatiger, gründlicher Arbeit ein ungemein wertvolles Material gesammelt, haben die Wünsche und Forderungen der Polen formuliert und eine Grundlage geschaffen für künftige Verhandlungen und Entscheidungen. Beschlüsse wurden nicht gefasst."

Ein Aufruf der Polen in Paris. Der „Frankfurter Zeitung" wird berichtet: Ein mir vorliegender Aufruf an die Polen und Polenfreude in Frankreich, der gegenwärtig vom Pariser polnischen Zentralausschuss „Einheit und Unabhängigkeit der französischen Abteilung der Propagandaausschüsse für ein freies Polen" verbreitet wird, ist insofern bedeutsam, als es beweist, dass heute auch die Polen in Frankreich die von den Zentralmächten eingeleitete Entwicklung des neuen polnischen Staatswesens begrüssen und anerkennen Es heisst in dem Anfruf:

„Polen beginnt die Zukunft mit mehr Vertrauen zu betrachten und organisiert bereits sein neues Leben, indem es aus den, wenn auch unvollständigen Zugeständnissen Nutzen zieht. Es wird, dank der autonomen politischen Gestaltung des polnischen Staates, die gegenwärtig bei uns im Gange ist, sehr wahrscheinlich, dass die Delegierten Polens persönlich am Friedenskongress werden teilnehmen können. Die von den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber unserm Staatsrat in Warschau eingenommene Haltung rechtfertigt eine derartige Hoffnung,

Um im Sinne des Aufrufs zu wirken, haben sich ausser in Paris auch in Lyon, Marseille, Nizza, Toulouse, Bordeaux und Nantes bereits polnische Propagandaausschüsse gebildet. Weitere Ortsausschüsse sollen hinzukommen. Die Propaganda soll auch auf Italien und Spanien ausgedehnt werden, um besonders im Augenblick des Aufhörens der Feindseligkeiten ihre volle Tätigkeit zu entfalten.

Ostmarkenverein Politik. Folgende Entschliessung zur Polenfrage ist von einer Anzahl Vereinigungen in Hamburg angenommen worden: „Durch feierliche Erklärung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ist die Errichtung eines Königreiches Polen verkündet worden. Die Wirkung dieser Massnahme muss abgewartet werden. Nach dem schroffen Auftreten der Polen im preussischen Landtage, in der Presse und im Lande gebietet aber die vaterländische Pflicht schon jetzt, darauf hinzuweisen, das auch nach dem Kriege die Pflege und Stärkung des Deutschtums innerhalb der jetzigen und künftigen Reichsgrenzen im Osten im Sinne der bisher befolgten Ostmarkenpolitik eine Lebensfrage des Deutschen Reiches ist.“ Unterzeichnet sind: Deutscher Ostmarkenverein, Ortsgruppe Hamburg, Nationalliberaler Landesverband Hamburg (Reichstagswahlverein von 1884), Hamburgisch-Konservative Vereinigung, Altdeutscher Verband, Ortsgruppe Hamburg, Abteilung Hamburg-Altona des deutschen Vereins für das nördliche Schleswig, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgruppe Hamburg, Ortsgruppe Hamburg der Deutschvölkischen Partei.

Luftschiffahrtskurse. Im Saal der Technikergesellschaft zu Warschau wurden Luftschiffahrtskurse eröffnet. Wie Ingenieur Winawer berichtete, haben diese Kurse vor allem den Zweck, möglichst viel theoretisches Material über das Fliegerwesen herbeizuschaffen, um dasselbe sodann den Hörern zu vermitteln. Es handelt sich hier natürlich nur um die Grundelemente unseres äronautischen Wissens, als Basis zu weiteren Studien und Arbeiten auf diesem Gebiete.

Ingenieur Król sprach in der Eröffnungsfeier über das Thema „Die moderne Technik und die Luftschiffahrtsindustrie“. Ueber militärische Luftschiffahrt sprach Unteroffizier Bolesławski. Oberst Berbecki, der Chef des Generalstabes der polnischen Legionen, begrüsste die Hörer im Namen des polnischen Heeres. Der Vorsitzende der Versammlung, Rektor des Polytechnikums, Herr Patschke, schloss die Eröffnungsfeier mit dem Wunsch: „Möge die Luftschiffahrtsgesellschaft ein Symbol sein für den Flug derjenigen, die das Vaterland wiederaufrichten wollen.“

Wirtschaftliches.

Polnisches Münzwesen. Der Generalgouverneur in Warschau erliess eine Verordnung über das Münzsystem unter Zugrundelegung

der polnischen Mark gleich hundert Pfennig als Münzeinheit. Eine polnische Scheidemünze aus Eisen oder Aluminium im Höchstbetrage von Mk. 20 Mill. soll geprägt werden.

Das städtische Defizit in Warschau. „Kurjer Polski" berichtet: Die Schulden der Stadt Warschau für die letzten 18 Monate betragen 86 Millionen Rubel, die grösstenteils durch die bei der Speisung der ärmeren Volksklassen entstandenen Ausgaben verursacht worden sind. Das Defizit für das bevorstehende Jahr 1917 wird sich nach den Berechnungen des Magistrats auf 23 bis 25 Millionen Rubel belaufen.

Die Warschauer Bevölkerung zahlt gegenwärtig 100 Millionen Rubel mehr für die allernotwendigsten Gebrauchs- und Lebensmittel wie vor Kriegsausbruch. Bei der Berechnung dieser Ziffern diente als Grundlage, dass die Preisdifferenz aller dieser Artikel im Durchschnitt 30 Kopeken täglich pro Person beträgt.

Büchereinlauf.

Ferdinand Tönnies: Der englische Staat und der deutsche Staat. Berlin, Verlag von Karl Curtius. — Walki legionów w świetle austro-węg. i niem. rozkazów pochwalnych. Zbiór dokumentów oficjalnych. Kraków, nakł. Naczelnego Komitetu Narodowego. — Winc. Kosiakiewicz: Do duchowieństwa polskiego. Głos katolika. Warszawa, wydawnictwo Koła propagandy na rzecz wojska polskiego. — Dr. Jan Dąbrowski: Sprawa polska na Węgrzech 1914—1916. Piotrków, wyd. „Wiadomości Polskich. — Jak gospodarzył u nas Moskal. Warszawa, nakł. Koła propagandy na rzecz wojska polskiego. — A lengyelek es Ausztria. Irta Diveky Aderjan dr. Budapest, „Magyar Figyelö" — X. dr. A. Mytkowicz: Powstanie i rozwój emigracji sezonowej. Kraków, nakł. Instytutu ekon. N. K. N. — Dr. Rich. Feller: Polen und die Schweiz. Ein geschichtlicher Rückblick. Bern, Verlag von A. Franke. — Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, von Dr. Roger Freiherr von Battaglia. Mit einem Vorwort Dr. Ladislaus Leopold R. v. Jaworski, Vicepräsident des Obersten Poln. Nationalkomitees. Wien und Leipzig, Verlag Wilhelm Braumüller. — W. Feldman: Polen. Wege zur polnischen Seele. Mit einer Einleitung von A. v. Wilamowitz-Möllendorf. Berlin, Verlag K. Curtius.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter".

Aachener Tageblatt, 26. XI. 1916.

Seit einem Jahre erscheint in Berlin unter diesem Titel eine von Polen herausgegebene deutsche Zeitschrift. Beseelt von der Idee einer deutsch-polnischen Aussöhnung auf Grund der Wahrung beiderseitiger Interessen, vertritt sie ihr Programm durch hervorragende deutsche und polnische Politiker und Schriftsteller. In jeder Nummer bringt sie ferner Informationen aus dem polnischen Leben. Heutzutage, da die polnische Frage ins letzte Stadium der Behandlung seitens der Zentralmächte getreten ist, gewinnen die „Polnischen Blätter" besondere Bedeutung.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter". Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46.

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten 8 Hefte vor . . . . — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 558 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter" zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter" heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge usw. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43.

Herr W. Feldmann, der als herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleistet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben" von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch-polnischen Verständigung" von K. v. Srokowski . . .

Kieler Zeitung, Nr. 307, 1916:

„Die Polnischen Blätter, die seit Kurzem in Berlin erscheinen, . . . vertreten die Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen der Polen in dieser Entscheidungszeit."

Ostmärkische Kultur, 1916, Heft 1:

Wertvoll sind die Aufsätze, die die im Verlage von Karl Curtius, Berlin W. 35, herausgegebene Zeitschrift „Polnische Blätter" bringt.

Der Panther, Nr. XI, 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären.

Strassburger Post, 28. Dezbr. 1915:

Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich anstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht. Wer an dem politischen und nationalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnichen Blätter". Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhälnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber".

Die Welt am Montag, 21. August 1916.

„Es ist mit Dank zu begrüssen, dass die in Berlin seit fasst Jahresfrist erscheinende Zeitschrift „Poln. Bl." uns . . . einen Einblick in die Haltung eines bestimmten Teiles des Polentums eröffnet. Polen geben die Zeitschrift heraus, deutschfreundlich natürlich, jedoch Männer, denen in erster Linie die bestmögliche Zukunft ihrer eigenen Nation am Herzen liegt".